



Fair teilen
statt sozial spalten –
Nachhaltig
leben und arbeiten

Vorwort

Der 14. Bundesverbandstag der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Deutschlands vom 01. – 03. Oktober 2011 in Würzburg stand unter dem Motto „Fair teilen statt sozial spalten – Nachhaltig leben und arbeiten.“

Damit kehrte die KAB nach 40 Jahren an den Gründungsort des Bundesverbandes der KAB zurück. Bereits 1971 befasste sich die KAB intensiv mit Fragen internationaler Gerechtigkeit. In seiner öffentlichen Rede am 23. Mai 1971 vor 10.000 Menschen betonte der brasilianische Erzbischof Dom Helder Camara: „Für den Kapitalismus gibt es keine Hoffnung.“ Er richtete einen vehementen Appell an die Arbeiterschaft: „Katholische Arbeitnehmer Deutschlands, weist Eure Brüder, die Arbeitnehmer in Europa und Nordamerika auf die Situation der Arbeitnehmerschaft in Euren entwickelten Ländern hin. Ihr habt tapfer gekämpft, um die Rechte zu erlangen, die Euch zustanden. Doch jetzt, nachdem Ihr wichtige Siege errungen habt, lauft Ihr Gefahr, zu verbürgerlichen und schreiende Ungerechtigkeiten zu vergessen, die Arbeiter – Eure Brüder – erleiden.“

Wir leben bis heute in einer Welt, die sich weiter spaltet. Leidtragende sind weltweit die Armen, denen ihre Rechte vorenthalten werden. Armut ist Folge ungerechter Strukturen, insbesondere eines marktradikalen Wirtschaftsmodells, das unfähig ist, eine gerechte und solidarische Verteilung der Güter unserer Erde für alle und kommende Generationen sicherzustellen. Der Klimawandel verschärft diese Ungleichheiten. Er verursacht tiefe Einschnitte, die uns schon heute tagtäglich vor Augen stehen. All dies zeigt: Wir können nicht weiter wirtschaften wie bisher. Vor allem in den reichen Nationen müssen wir unseren Lebensstil und unsere Lebensformen ändern. „Fair teilen statt sozial spalten“ ist der Weg, um eine lebenswerte Zukunft für alle Realität werden zu lassen. Der Einsatz für strukturelle Maßnahmen und die einschneidende Veränderung unserer Lebensweise sind dabei für die KAB zwei Seiten einer Medaille. Nachhaltig zu leben und zu arbeiten ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts.

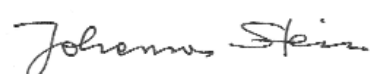
Als Christinnen und Christen in der jesuanischen Nachfolge und als Visionäre des Gottesreiches engagieren sich Frauen und Männer der KAB für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung. KAB ist Bewegung für soziale Gerechtigkeit. Wir sind aufgerufen, mit unserem Einsatz eine bessere Welt für alle und kommende Generationen zu schaffen. Eine andere Welt ist möglich, wenn wir fair teilen statt sozial spalten!



Sabine Schiedermaier
Bundesvorsitzende



Georg Hupfauer
Bundesvorsitzender



Johannes Stein
Bundespräses

Fair teilen statt sozial spalten – Nachhaltig leben und arbeiten

Gliederung zum Beschluss von Würzburg des Bundesverbandstages 2011

Präambel: Unser christlicher Auftrag

Die Grundlagen der KAB: Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit (Ziff. 1)

Sehen: Wie die Welt sich weiter spaltet

Der Scherbenhaufen globaler Krisen und die Folgen (Ziff. 2)

Kapitalistische Wirtschaftsweise: Nur die Ware zählt (Ziff. 3)

Armut als Folge des Marktradikalismus und fehlender Umverteilung (Ziff. 4)

Der Klimawandel verschärft die Ungleichheit (Ziff. 5)

Der Klimawandel führt zu tiefen sozialen Einschnitten (Ziff. 6)

Anstieg der Treibhausgasemissionen: Hauptursache ist die Nutzung fossiler Brennstoffe (Ziff. 7)

Unser Lebensstil und unsere Lebensform sind das falsche Modell (Ziff. 8)

Das überholte Wachstumsmodell: Es wächst das Falsche (Ziff. 9)

Finanz- und Bankenkrise: Die Folgen werden sozialisiert und abgewälzt (Ziff. 10)

Der entfesselte Kapitalismus zerstört Arbeit, Sicherheit und Gerechtigkeit (Ziff. 11)

Prekäre Arbeit auf dem Vormarsch: Arm trotz Arbeit (Ziff. 12)

Arbeitslosigkeit verletzt die Würde des Menschen (Ziff. 13)

Die soziale Sicherung: Zunehmend den Kapitalmärkten ausgeliefert (Ziff. 14)

Nachhaltiges Leben und Arbeiten ist der Weg in eine lebenswerte Zukunft für alle (Ziff. 15)

Urteilen: Verantwortung für die Schöpfung in der Tätigkeitsgesellschaft

Die „Zeichen der Zeit“ erkennen: Für uns zählt der Mensch (Ziff. 16)

Tätigkeitsgesellschaft (Ziff. 17)

- Tätigkeitsgesellschaft: Gleichwertigkeit aller Formen menschlicher Arbeit
- Durch Arbeit den Schöpfungsauftrag erfüllen: Nachhaltig leben und arbeiten
- Arbeit zwischen Frauen und Männern FAIR und gerecht teilen
- Verteilungsgerechtigkeit durch ordnungspolitische Eingriffe herstellen
- „Ökonomie der Gerechtigkeit“: Nachhaltiges wirtschaftliches Handeln
- „Politik von unten“: Die soziale Demokratie erneuern
- Antwort auf die demografischen Veränderungen
- Garantiertes Grundeinkommen als Menschenrecht

Tätigkeitsgesellschaft: Den Sinn des Lebens und ein gelingendes Leben als Ziel (Ziff. 18)

Die Tätigkeitsgesellschaft gibt unserem Denken und Handeln eine eindeutige Richtung (Ziff. 19)

Handeln: Fair teilen statt sozial spalten – Nachhaltig leben und arbeiten

Fair teilen (Ziff. 20)

- Soziale Demokratie verlangt einen starken Sozialstaat
- Den Markt kontrollieren und steuern

Nachhaltige Entwicklung verlangt eine neue Form des Wirtschaftens (Ziff. 21)

Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken und ausbauen (Ziff. 22)

Integrierte Strategie gegen Armutsbekämpfung: Entwicklung und Klimapolitik Hand in Hand (Ziff. 23)

Armut und Reichtum: Zwei Seiten einer Medaille (Ziff. 24)

Sozialpflichtigkeit heißt: Fairen Handel fördern und Strukturen verändern (Ziff. 25)

Globaler Klimaschutz ist zwingend (Ziff. 26)

Technologische Innovationen zur Verbesserung der Ressourceneffizienz (Ziff. 27)

Dezentrale, vernetzte Solarwirtschaft (Ziff. 28)

Lebensstil und Lebensform verändern in sozialen Netzwerken (Ziff. 29)

Zivilisationswechsel hin zu qualitativem Wachstum (Ziff. 30)

Der Staat muss den Rahmen setzen und regulieren (Ziff. 31)

Gegen die neoliberale staatliche Politik, die kommende Generationen schädigt (Ziff. 32)

Arbeit in der Tätigkeitsgesellschaft gestalten (Ziff. 33)

In Europa: „Haltelinien nach unten“ schaffen (Ziff. 34)

Gesetzlicher Mindestlohn bei uns und in Europa (Ziff. 35)

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: Aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik und neue Arbeitsplätze für nachhaltiges Wirtschaften (Ziff. 36)

Starker Sozialstaat für eine solidarische Sicherung (Ziff. 47)

Wir sind gefragt: Vision für eine bessere Welt

Handeln für eine bessere Welt (Ziff. 38)

Fair teilen statt sozial spalten – Nachhaltig leben und arbeiten

Präambel: Unser christlicher Auftrag

(1) Die biblische Botschaft, der konziliare Prozess für „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“, das „Sozialwort“ der beiden großen Kirchen in Deutschland von 1997 und die Soziallehre der Kirche waren und sind die Grundlagen für die KAB, sich mit den Fragen einer nachhaltigen Wirtschaftsweise auseinanderzusetzen.¹ Auf ihrem letzten Bundesverbandstag 2007 in Erfurt beschloss die KAB als zentrale Handlungsgrundlage und Zielrichtung: „Nur eine auf Nachhaltigkeit gründende Entwicklung Europas wird die Schöpfung für uns und kommende Generationen bewahren können.“² Nachhaltiges wirtschaftliches Handeln heißt, dass wir unsere Bedürfnisse nur so befriedigen, dass die nachfolgenden Generationen ein intaktes und zukunftsfähiges ökologisches, soziales und ökonomisches System vorfinden. Als Bewegung für soziale Gerechtigkeit sind wir auch heute aufgerufen, die „Strukturen der Sünde“³ mit allen zur Verfügung stehenden gewaltfreien Mitteln zu durchbrechen. „Niemand kann zwei Herren dienen; er wird entweder den einen hassen und den andern lieben oder er wird zu dem einen halten und den andern verachten. Ihr könnt nicht beiden dienen, Gott und dem Mammon“ (Mt 6,24).⁴

Die Grundlagen der KAB: Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit

Sehen: Wie die Welt sich weiter spaltet

„Nichts ist verhüllt, was nicht enthüllt wird, und nichts ist verborgen, was nicht bekannt wird“ (Lk 12,2)

(2) Vor unseren Augen spielt sich ein Drama unvorstellbaren Ausmaßes ab. Statt fair zu teilen, spaltet sich die Welt weiter. Wir stehen vor dem *Scherbenhafen globaler Krisen*. Leidtragende sind weltweit vor allem die Armen, denen eine lebenswerte Zukunft geraubt wird. Da, wo Menschen von Entscheidungen ausgeschlossen werden und nicht mitbestimmen können, machen sich Gleichgültigkeit, Verantwortungslosigkeit und Gewalt breit. Ungerechte Macht- und Herrschaftsstrukturen führen so zu Ausschluss und Resignation. Hunger und Ohnmacht drohen zum Kennzeichen des 21. Jahrhunderts zu werden.

Der Scherbenhafen globaler Krisen und die Folgen

(3) Die Vermachtung der *kapitalistischen Wirtschaftsweise*, die die Enzyklika „Quadragesimo anno“ bereits 1931 eindrucksvoll beschrieben hat⁵, zeigt sich heute vor allem darin, dass alles zu profitabel handelbaren Waren auf den ungezügelter Märkten dieser Welt werden soll. Dies gilt gleichermaßen für die Schöpfung wie für die menschliche Arbeit. Nur der Profit zählt. Die menschlichen Grundbedürfnisse vieler Menschen bleiben auf der Strecke. Die Welt spaltet sich so weiter zwischen denen, die Waren, marktfähige Ideen und Vermögen besitzen, profitabel verwerten und damit ihren Reichtum mehren und denen, die mehr und mehr selbst zur Ware und arm gemacht werden.⁶ Diese Spaltung wird zementiert, indem die Reichen sich abschotten: „Während die Armen der Welt noch immer an die Türen der Üppigkeit klopfen, läuft die reiche Welt Gefahr, wegen eines Gewissens, das bereits unfähig ist, das Menschliche zu erkennen, jene Schläge an ihre Tür nicht mehr zu hören.“⁷

Kapitalistische Wirtschaftsweise: Nur die Ware zählt

Armut als Folge des Marktradikalismus und fehlender Umverteilung

(4) Über eine Milliarde Menschen hungern weltweit und leben in äußerster *Armut*. Selbst in den reichen Ländern nimmt die Armut im Überfluss zu und „verarmen neue Gesellschaftsklassen.“⁸ Eine der zentralen Ursachen liegt in der „Logik“ des vorherrschenden marktradikalen Wirtschaftsmodells begründet, das die Verteilungsfrage ausschließt oder als nachrangig erklärt. Statt die in der Soziallehre der Kirche immer wieder eingeforderte Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse aller Menschen vor allem anderen zu sichern und ihnen auch strukturell einen eindeutigen Vorrang einzuräumen, werden die Armen ihrem „Schicksal“ überlassen.

Der Klimawandel verschärft die Ungleichheit

(5) Bestehende Ungleichheiten werden durch den *Klimawandel* verschärft – sowohl auf internationaler Ebene als auch innerhalb der einzelnen Länder. Die Spaltungen zwischen „entwickelten“ und „nicht bzw. weniger entwickelten“ Regionen unserer Erde, zwischen Zentrum und Peripherie nehmen bereits jetzt aufgrund des Klimawandels dramatisch zu. Während die reichen Länder aufgrund ihrer Wirtschaftsweise und des dort vorherrschenden Lebensstils Hauptverursacher sind, können sie sich gleichzeitig aufgrund ihrer materiellen Ressourcen am besten vor den bereits einsetzenden Folgen des Klimawandels schützen. Die reichen Länder als Hauptverursacher des *Klimawandels* stehen bisher unzureichend für deren *Folgen* ein, während in den armen Ländern soziale Benachteiligungen kulminieren. Bereits jetzt stellen z.B. Wasserknappheit und zunehmende Dürren, das Vordringen der Wüsten, Flut- und Sturmschäden, die Zunahme gesundheitlicher Probleme, der Anstieg des Meeresspiegels, die Versalzung des lebensnotwendigen Grundwassers, das tägliche Verschwinden von Tier- und Pflanzenarten und andere Entwicklungen vor allem die armen Länder vor unlösbare Probleme.⁹

Der Klimawandel führt zu tiefen sozialen Einschnitten

(6) Wir sehen in aller Deutlichkeit: Der Klimawandel wird *tiefe soziale Einschnitte* setzen, denn er verschärft die Ungleichheiten in den Lebenschancen, die sowieso schon ungerecht verteilt sind. Die *Politik* verkennt die Probleme weiterhin, wenn z.B. die Rettung von Banken und Großunternehmen als systemrelevant und notwendig erklärt, mit Steuermitteln abgesichert und subventioniert, während gleichzeitig die sozialen Folgen der Klimaveränderungen ignoriert, verharmlost oder als nachrangig eingestuft werden.

Anstieg der Treibhausgasemissionen: Hauptursache ist die Nutzung fossiler Brennstoffe

(7) Seit mehr als vier Jahrzehnten wächst die Erkenntnis, dass die *fossilen Brennstoffe* für den drastischen Anstieg der Treibhausgasemissionen und die Klimaerwärmung hauptverantwortlich sind. Braun- und Steinkohle, Erdgas und Erdöl waren und sind der Treibstoff der kapitalistischen Wirtschaftsweise.¹⁰ Sie revolutionierten weltweit die Arbeits- und Lebensgewohnheiten der Menschen, etwa im Hinblick auf die Mobilität. Heute steht uns deutlich vor Augen, dass es so nicht weitergehen kann, denn: Die fossilen Energieträger sind endlich. Die Zeit billiger Energie ist vorbei. Auch die Atomenergie stellt keine Lösung der Probleme dar. Die ungelösten Sicherheitsfragen und die weiterhin ungeklärte Endlagerung sowie die unwiederbringliche Schädigung menschlichen Lebens und der Schöpfung im Katastrophenfall belegen deren völlig unzureichende Zukunftsfähigkeit. Das bisherige Wachstumssystem stößt an die ökologischen und sozialen Grenzen des Planeten Erde. Verursacht durch Verknappungen¹¹ drohen massive Verteilungskonflikte, die die schwächsten Länder und Bevölkerungsgruppen verlieren wer-

den. Derzeit gibt es kein stimmiges Konzept, was geschehen soll, wenn nach und nach wichtige Rohstoffe und Energieträger zur Neige gehen. Wir wirtschaften, als hätten wir eine „zweite Welt“ in der Tasche.¹²

(8) Mit unserem *Lebensstil* und unseren *Lebensformen* in den reichen Nationen halten wir an einem falschen Wohlstands- und Wachstumsmodell fest. *Wohlstand*, der ausschließlich definiert wird als Zuwachs von Waren und Dienstleistungen, ist Ausdruck einer rein materialistischen Lebensweise. Das „Mehr-Haben-Wollen“ führt aber nicht zu einem guten und glücklicheren Leben. Mitten im Wohlstand wachsen Verzweiflung, Resignation, Stress und Angst. „Häufig festzustellen ist ein Zusammenhang zwischen der Beanspruchung des Rechts auf Überfluss oder geradezu auf Rechtswidrigkeit und Laster in den Wohlstandsgesellschaften und dem Mangel an Nahrung, Trinkwasser, Schulbildung oder medizinischer Grundversorgung in manchen unterentwickelten Weltregionen wie auch am Rande von großen Metropolen.“¹³ Immer mehr Menschen wollen diese Spaltung in Überfluss und Mangel nicht mehr hinnehmen oder sich mit ihr abfinden. Das ist für uns ein Hoffnungszeichen der Veränderung.

Unser Lebensstil und unsere Lebensformen sind das falsche Modell

(9) Das „Mehr-Haben-Wollen“ auf der individuellen Ebene korrespondiert im gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich mit einem überholten *Wachstumsmodell*. Von Wachstumsschüben profitieren weltweit überproportional die reichen Oberschichten, während die Position der Mittelschicht immer unsicherer wird und bei den unteren Schichten allenfalls „Brosamen“ ankommen. So sichern Wenige ihren Wohlstand auf Kosten Vieler. Ein ausschließlich quantitatives Wachstum ist seit langem deshalb zu Recht in die Kritik geraten. Dennoch unterbleibt eine kritische moralische und ethische sowie systemische Bewertung oder gar ein politisches Umsteuern – in Richtung auf Nachhaltigkeit, ein Mehr an Verteilungsgerechtigkeit und sozialem Ausgleich sowie gesellschaftlichem Zusammenhalt. So wächst das Falsche, während die lebensnotwendigen Güter und Dienstleistungen, die von den Armen benötigt werden, und die Nachhaltigkeit auf der Strecke bleiben.

Das überholte Wachstumsmodell: es wächst das Falsche

(10) Die weltweite „*Finanz- und Bankenkrise*“ belegt erneut, dass die kapitalistische Wirtschaftsweise die Gier Weniger zur Maxime und Struktur erhebt. Hatten muss bei einem Crash die Allgemeinheit. Die Verursacher werden geschont und unzureichend zur Verantwortung gezogen.¹⁴ Der *Staat* wird zum Reparaturbetrieb der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Die Staatsfinanzen geraten aus dem Ruder und durch Sparprogramme finden tiefe Einschnitte bei den Ausgaben für soziale Sicherheit und im öffentlichen Sektor statt. Dringende Zukunftsinvestitionen in eine die sozialen Verwerfungen ausgleichende Bildung und der öko-soziale Umbau werden vernachlässigt. Soziale Risiken werden privatisiert und die Lasten den Schwächeren aufgebürdet. Die Demokratie, der Lastenausgleich innerhalb der Gesellschaft zwischen Starken und Schwachen und damit der soziale Zusammenhalt werden dramatisch geschwächt. Die Hauptlast dieser ungerechten neoliberalen Politik haben die lohnabhängig Beschäftigten, die Arbeitssuchenden und ihre Familien sowie die kommenden Generationen zu tragen.

Finanz- und Bankenkrise: Die Folgen werden sozialisiert und abgewälzt

(11) Die neoliberale Deregulierungspolitik findet ihren Niederschlag gerade im Bereich der *menschlichen Arbeit*. Der „Raubtierkapitalismus“ beruht auf der „Ver-

Der entfesselte Kapitalismus

**zerstört Arbeit,
Sicherheit und
Gerechtigkeit**

nutzung“ von Arbeit und Schöpfung gleichermaßen. Der entfesselte Kapitalismus zerstört Arbeit, Sicherheit und Gerechtigkeit. Aus Beruf wird „Job“, aus geregelten Orts- und Zeitstrukturen ein Nomadenleben ohne Sicherheiten und soziale Bindungen.¹⁵ Wertvorstellungen und ethische Maßstäbe für nachhaltiges Arbeiten und eine nachhaltige Entwicklung werden als „systemfremd“, bestenfalls als nachrangig erklärt. So wächst in den ärmeren Ländern dieser Erde die „Schattenwirtschaft“ bzw. der „informelle Sektor“. Millionen von Menschen sind darauf angewiesen, hier ihr Überleben zu sichern.

**Prekäre Arbeit
auf dem Vor-
marsch: Arm
trotz Arbeit**

(12) In den reichen Ländern weiten sich ebenfalls *Formen prekärer Arbeit* und damit *das prekäre Leben* aus. Der Niedriglohnsektor nimmt zu und hat mittlerweile ein skandalöses Ausmaß erreicht. Mehr und mehr Menschen sind so arm trotz Arbeit und auf Transferleistungen von Familien, Freunden und der öffentlichen Hand angewiesen. „Working poor“ ist u.a. Folge einer marktgesteuerten und staatlich geförderten Deregulierung menschlicher Arbeit. Wenn in Deutschland die öffentliche Hand Aufträge und Maßnahmen zu „Dumpingpreisen“ vergibt, bedeutet dies eine aktive Förderung des Niedriglohnsektors. Diejenigen, die dann zu diesen Konditionen arbeiten, sind gleichzeitig als sogenannte „Aufstoker“ auf Förderung durch die Arbeitsagentur angewiesen. Die Unternehmen verschaffen sich Vorteile durch Kostenentlastungen zulasten der Allgemeinheit.

**Arbeitslosigkeit
verletzt die
Würde des
Menschen**

(13) Trotz einiger zwischenzeitlicher Verbesserungen an den Arbeitsmärkten in Europa stieg die Zahl der Arbeitssuchenden weiter an. Die *Arbeitslosigkeit* stellt einen Skandal da, mit dem sich weite Teile der Gesellschaften abfinden. Massenarbeitslosigkeit begünstigt den Niedriglohnsektor, den „Ausverkauf der Arbeit“ und wirkt unter den verschärften Bedingungen des Bezugs von Arbeitslosengeld und -hilfe auch „disziplinierend“ auf die Beschäftigten. Zudem: Arbeitslosigkeit bedeutet erhebliche materielle Einschränkungen, Ausgrenzung bzw. Verweigerung sozialer Anerkennung, weniger soziale Sicherheit und nicht zuletzt für die Kinder der Arbeitssuchenden deutlich schlechtere Startchancen ins Leben. Die Folgen der Arbeitslosigkeit lassen sich in einem Satz zusammenfassen: Arbeitslosigkeit verletzt die menschliche Würde!

**Soziale
Sicherung:
Zunehmend den
Kapitalmärkten
ausgeliefert**

(14) Die Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne haben erhebliche Folgen für die *sozialen und solidarischen Sicherungssysteme*, da die Beitragseinnahmen hinter den Ausgaben zurückbleiben. Unter dem angeblichen Diktat des Sparzwangs wird das Heil in einer weiteren Privatisierung sozialer Sicherheit durch „marktgerechte Regelungen“, sprich durch kapitalgedeckte Absicherung sozialer Risiken gesucht. Die soziale Sicherheit wird damit den Schwankungen, Unsicherheiten und den Profitvorgaben der Kapitalmärkte ausgeliefert. In Deutschland wird in Folge die bisher bewährte paritätische Finanzierung – unterstützt durch Zuschüsse der öffentlichen Hand aus Steuermitteln – weiter ausgedünnt.

**Nachhaltiges
Leben und
Arbeiten ist der
Weg in eine le-
benswerte
Zukunft für alle**

(15) Als *Bewegung für soziale Gerechtigkeit* stellen wir zusammenfassend fest: Nachhaltige Entwicklung muss einhergehen mit einer solidarischen und gerechten Organisation menschlicher Arbeit und einer einschneidenden Änderung unseres Wohlstandsmodells. Ohne nachhaltiges Leben und Arbeiten gibt es keine lebenswerte Zukunft für alle Menschen und die Schöpfung, von der und in der wir leben. Es geht um einen grundlegenden nachhaltig sozialen und ökologischen

Umbau der Produktion von Waren und Dienstleistungen und der Bedingungen, unter denen sie produziert bzw. bereitgestellt werden. Dieses Ziel ist in erster Linie eine sozial- und gesellschaftspolitische Herausforderung. Es geht dabei um die Umsetzung einer Strategie, die die Bewältigung der ökologischen Herausforderungen, ein „gutes Leben für alle“, sinnerfüllte menschliche Arbeit und soziale Sicherheit gleichermaßen zum Ziel hat. Die Zeit, die uns dafür bleibt, ist knapp bemessen.

Urteilen: Verantwortung für die Schöpfung in der Tätigkeitsgesellschaft

„Außerdem sagte Jesus zu den Leuten: Sobald ihr im Westen Wolken aufsteigen seht, sagt ihr: Es gibt Regen. Und es kommt so. Und wenn der Südwind weht, dann sagt ihr: Es wird heiß. Und es trifft ein. Ihr Heuchler! Das Aussehen der Erde und des Himmels könnt ihr deuten. Warum könnt ihr dann die Zeichen dieser Zeit nicht deuten? Warum findet ihr nicht schon von selbst das rechte Urteil?“ (Lk 12, 54-57).

(16) Die Verlängerung der Gegenwart wird keine gute Zukunft haben. Wenn alles so weitergeht wie bisher verschärfen sich die Probleme. Die Anstrengungen, die aufgewandt werden müssen, um sie zu lösen, potenzieren sich. „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art“¹⁶ müssen ernst genommen werden. Als Christinnen und Christen sind wir aufgerufen, nach den „*Zeichen der Zeit*“¹⁷ zu suchen und den „*kairos*“¹⁸ unserer Zeit zu ergreifen. In der Ausweglosigkeit sollen das Rettende und unsere „lebendige Hoffnung“ wachsen.¹⁹ Das heißt für uns: Die Beseitigung der Armut, die strikte Neuordnung des Finanzsystems, die Ökologisierung der Wirtschaft und die soziale Erneuerung der Arbeitsgesellschaft müssen Hand in Hand gehen. Es geht gleichermaßen um menschengerechte Innovationen, um mehr soziale Gerechtigkeit und den wirksamen Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. „Was für uns zählt, ist der Mensch, jeder Mensch, jede Gruppe von Menschen bis hin zur gesamten Menschheit.“²⁰ Ziel und Leitbild der KAB ist deshalb eine solidarische und gerechte Gesellschaft, die wir Tätigkeitsgesellschaft nennen, denn: Der „Skandal schreiender Ungerechtigkeit“²¹ darf nicht weiter anhalten und muss durchbrochen werden.

Die „Zeichen der Zeit“ erkennen: Für uns zählt der Mensch

(17) Tätigkeitsgesellschaft heißt für die KAB:

- *Alle Formen der menschlichen Arbeit, die Erwerbsarbeit, Privatarbeit und gemeinwesenbezogene Arbeit, sind gleichwertig* und müssen zur Selbstentfaltung und Selbstbestimmung der Menschen beitragen. Bereits die alttestamentarischen Schöpfungserzählungen bewahren die Utopie einer Arbeit, die nicht durch Entfremdungsmechanismen gekennzeichnet ist. Gleichzeitig halten sie an einer realistischen Sicht der Arbeit fest, die jeder Idealisierung und idealistischen Überhöhung entgegensteht. Arbeit soll zur befreiten Arbeit, zur „Tätigkeit“ werden, um den Menschen und dem sozialen Zusammenleben gerecht zu werden.

Tätigkeitsgesellschaft: Gleichwertigkeit aller Formen menschlicher Arbeit

**Durch Arbeit
den Schöpfungs-
auftrag erfüllen:
Nachhaltig
leben und
arbeiten**

- *Die menschliche Arbeit ist Mittel zum „Bebauen und Bewahren“ (Gen 2,15) der göttlichen Schöpfung. Ihr entnimmt der Mensch die notwendigen Ressourcen, bildet diese durch seine Arbeit um, um Leben für sich und andere bestreiten zu können. Der Mensch und seine Arbeit sind somit unmittelbar Teil der göttlichen Schöpfung und auf diese verwiesen. Der Klimawandel mit seinen Folgen zeigt heute mehr denn je: Schädigen wir unsere Lebensgrundlagen und wird die göttliche Schöpfung in einem unvertretbaren Maße ausgebeutet, leidet der Mensch und seine Arbeit, die menschliche Gemeinschaft und kommende Generationen. „Bebauen und Bewahren“ in der Tätigkeitsgesellschaft heißt: Wir müssen nachhaltig leben und arbeiten.*

**Arbeit zwischen
Frauen und
Männern FAIR
teilen**

- *Alle Formen der menschlichen Arbeit – die Erwerbsarbeit, die gemeinwesenbezogene Arbeit und die Privatarbeit – müssen zwischen Frauen und Männern *gleichermaßen fair und gerecht geteilt werden*. Angesichts der strukturellen Arbeitslosigkeit²² und deren Folgen geht es um eine gerechte Neuverteilung der Erwerbsarbeit *im Kontext der „Triade der Arbeit“*²³.*

**Verteilungs-
gerechtigkeit
durch ordnungs-
politische Ein-
griffe herstellen**

- *Die Tätigkeitsgesellschaft setzt auf eine umfassende Verteilungsgerechtigkeit. Die Verteilungsfrage unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten für ein zukünftiges Gesellschaftsmodell zu stellen, ist heute zu einer Überlebensfrage geworden. Strukturelle Einschnitte sind notwendig, denn unter den derzeitigen Bedingungen einer Umverteilungspolitik von unten nach oben werden Risiken und Verluste sozialisiert während die Gewinne privatisiert werden. Als Instrument zur Sicherstellung von Verteilungsgerechtigkeit dürfen Steuern nicht einseitig Einkommen aus Erwerbsarbeit belasten. Die ungerechte Verteilungspolitik muss aufgegeben und das Leitprinzip der Solidarität in den Mittelpunkt ordnungspolitischer Überlegungen gerückt werden. Auch die gerechte Verteilung der lebensnotwendigen Ressourcen muss neu geregelt werden. Dies gilt nicht nur für den Zugang zu sauberem Wasser, für Nahrung, Wohnung, Bildung und Arbeit, sondern ebenso für den Zugang zur Energie. „Es ist (...) auch eine weltweite Neuverteilung der Energiereserven notwendig, so dass auch die Länder, die über keine eigenen Quellen verfügen, dort Zugang erhalten können. Ihr Schicksal darf nicht den Händen des zuerst Angekommenen oder der Logik des Stärkeren überlassen werden. (...) Diese Verantwortung ist global, weil sie nicht nur die Energie, sondern die ganze Schöpfung betrifft, die wir den neuen Generationen nicht ausgebeutet hinterlassen dürfen.“²⁴ Verteilungsgerechtigkeit bedingt somit Einschnitte in die „wirtschaftliche Herrschgewalt“²⁵ und die Eigentumsformen.*

**„Ökonomie der
Gerechtigkeit“:
Nachhaltiges
wirtschaftliches
Handeln**

- *Die Tätigkeitsgesellschaft setzt auf ein nachhaltiges soziales und wirtschaftliches Handeln in einer „Ökonomie der Gerechtigkeit“, die Gemeinschaft stiftet.²⁶ Ökologische, soziale und ökonomische Ziele bedürfen einer gleichzeitigen und gleichberechtigten Umsetzung. Die Wirtschaftsweise der Zukunft muss auf Dauerhaftigkeit und Beständigkeit sowie auf die Belange kommender Generationen angelegt sein. Bei der notwendigen ökologischen und sozialen Erneuerung setzt die Tätigkeitsgesellschaft deshalb in erster Linie auf Dezentralität und Formen regionalen Wirtschaftens.*

- Die „Tätigkeitsgesellschaft“ wächst mit einer Erneuerung der sozialen Demokratie²⁷, mit einer „Politik von unten“. Schon jetzt zeigen viele Beispiele, dass eine strukturelle Umkehr hin zu einer nachhaltigen Entwicklung politisch erstritten werden kann und muss. Um diesen Weg fortzusetzen und auszubauen, setzt die Tätigkeitsgesellschaft auf die soziale Demokratie, auf Kooperation und die Stärkung der Zivilgesellschaft. Notwendig ist die Ausweitung der Selbst- und Mitbestimmungsrechte für alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereiche. Die Basis der Tätigkeitsgesellschaft und das politische Fundament bilden ausgehend vom Subsidiaritätsprinzip der Soziallehre der Kirche ein Geflecht engagierter Gruppen, denen eine aktive Teilnahme und Teilhabe an Entscheidungen eingeräumt wird und die diese wahrnehmen wollen und können. Dazu bedarf es besonders der Befähigung benachteiligter Gruppen zur Beteiligung.
- Die „Tätigkeitsgesellschaft ist auch eine Antwort auf die bevorstehenden demografischen Veränderungen. Sie erleichtert die Situation der Pflegebedürftigen ebenso wie das Miteinander der Generationen in den Betrieben. In Kombination mit einer Verbreiterung der Einnahmehasis in den sozialen Sicherungssystemen schafft sie ein „Gutes Leben für alle“.
- Eine in der sozialen Demokratie gründende Tätigkeitsgesellschaft setzt auf ein *garantiertes Grundeinkommen als soziales Menschenrecht*. Die in der Soziallehre der Kirche geforderte Vorordnung des Gebrauchs der Güter zur Bedürfnisbefriedigung aller verlangt eine auch materielle Sicherstellung des soziokulturellen Existenzminimums.

„Politik von unten“: Die soziale Demokratie erneuern

Antwort auf die demografischen Veränderungen

Garantiertes Grundeinkommen als Menschenrecht

(18) Die Tätigkeitsgesellschaft stellt die grundsätzliche Frage *nach dem Sinn des Lebens, nach einem gelingenden Leben*. „Wir leben in einem Zeitalter der Suche: Die Menschen suchen nach verlässlichen Orientierungen für ihr Leben, nach Freiheit und Individualität, nach Geborgenheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Sie sind auf der Suche nach einer tiefen Hoffnung, die ihnen Halt in einer ‚haltlosen Welt‘ gibt. Immer weniger können sie dabei auf einfach vorgegebene soziale Muster und Traditionen zurückgreifen. Sie müssen diese neu finden und in einen stimmigen Lebensentwurf integrieren.“²⁸ Die „Strukturen der Sünde“ verlangen unser Gerechtigkeitshandeln, damit alle „das Leben haben und es in Fülle haben“ (Joh 10, 10).

Tätigkeitsgesellschaft: Den Sinn des Lebens und ein gelingendes Leben als Ziele

(19) Als Bewegung für soziale Gerechtigkeit *beurteilen* wir auf dieser Grundlage alle wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und sozialen Maßnahmen danach, *ob und wie sie uns der Verantwortung für die Schöpfung und der Tätigkeitsgesellschaft insgesamt näher bringen*. Das Leitbild der Tätigkeitsgesellschaft hilft uns zu erkennen, dass wir von der Schöpfung und in ihr leben, dass wir die Grenzen und die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen und deren Sicherung auch für kommende Generationen anerkennen. Die Vorstellung einer Tätigkeitsgesellschaft ermöglicht uns, Soziales, Ökologie und Ökonomie als unabdingbar miteinander verbunden zu gestalten. Nur ein schlüssiger, die Bereiche integrierender Gesellschaftsentwurf gibt unserem Handeln eine eindeutige Richtung.

Die Tätigkeitsgesellschaft gibt unserem Denken und Handeln eine eindeutige Richtung

Handeln: Fair teilen statt sozial spalten – Nachhaltig leben und arbeiten

„Verkauft eure Habe und gebt den Erlös den Armen! Macht euch Geldbeutel, die nicht zerreißen. Verschafft euch einen Schatz, der nicht abnimmt, droben im Himmel, wo kein Dieb ihn findet und keine Motte ihn frisst. Denn wo euer Schatz ist, da ist auch euer Herz“ (Lk 12,33-34).

(20) „Fair teilen“ bedarf zwei grundlegender politischer und wirtschaftlicher Veränderungen, für die wir uns als Bewegung für soziale Gerechtigkeit in unserem Handeln entschieden einsetzen müssen:

Soziale Demokratie verlangt einen starken Sozialstaat

- *Politik und Demokratie bedürfen der Erneuerung:* Die Metakrise – eine „Über-Krise“, die gleichzeitig Umwelt-, Finanz und Klimakrise ist²⁹ – verlangt nach einer sozialen Demokratie, denn ökologischer Umbau und nachhaltige Entwicklung müssen politisch erstritten werden. Ein offener Diskurs über die Wege und Ziele eines solchen Umbaus ist notwendig. Eine erneuerte soziale Demokratie verlangt einen starken Sozialstaat, damit die sozialen und materiellen Voraussetzungen zur Teilhabe und Teilnahme aller strukturell und institutionell gesichert sind. Hier sind wir in unserem Handeln als politische Bewegung gefordert!

Den Markt kontrollieren und steuern

- *Dem Markt sind Grenzen zu setzen und er muss gesteuert werden:* Der Markt muss Nutzen für alle stiften. Deshalb müssen dem Marktgeschehen Grenzen durch sachgerechte und fundierte Kontrolle auf demokratischer Grundlage und durch soziale Steuerung gesetzt werden. Dies gilt insbesondere für die Finanzmärkte. Der Markt ist kein Selbstzweck, sondern Mittel zu dem Zweck, allen Menschen das Überleben zu sichern, alle mit den notwendigen Waren und Dienstleistungen zu versorgen und dabei gleichzeitig die natürlichen Ressourcen zu schonen. Nur eine Wettbewerbsordnung, die die ausgleichende, verteilende und soziale Gerechtigkeit als Fundament hat und bei allen Abläufen berücksichtigt, ist zukunftsfähig.³⁰ Hier sind wir in unserem Handeln als soziale Bewegung gefordert!

Nachhaltige Entwicklung verlangt eine neue Form des Wirtschaftens

(21) Als Bewegung für soziale Gerechtigkeit müssen wir uns für eine *neue Form des Wirtschaftens* einsetzen. Nachhaltige Entwicklung verlangt ein neues Denken. Effizienz, Suffizienz und Konsistenz sind dabei untrennbar miteinander verbunden. Effizienz heißt: deutliche Senkung des Ressourcenverbrauchs; Suffizienz bedeutet Maßhalten und Genügsamkeit bei der Inanspruchnahme der sozialen Mitwelt und der Schöpfung; Konsistenz verweist auf das Ziel, den Umstieg auf eine solare Wirtschaft und eine vernetzte nachhaltige Kreislaufwirtschaft zu schaffen. Nur eine in diese Richtung gehende nachhaltige Entwicklung schafft ein Gleichgewicht von zukunftsfähiger Ökonomie, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Erneuerung. Zukunftsfähig ist eine Wirtschaftsweise, die den Prinzipien der *Individualität, Solidarität, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit* gleichermaßen Rechnung trägt und dabei der Beseitigung von Hunger und Armut Vorrang einräumt.

(22) Die KAB setzt sich für die *Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe* ein. Deren Stärke begründet sich in der Nähe zwischen Erzeugern und Verbrauchern sowie zwischen Ressourcenproduktion und -verarbeitung. Dies stärkt die regionale Identität, schafft neues Vertrauen in die Produkte, bietet lokale Einkommens- und Beschäftigungseffekte und vermeidet überflüssigen Verkehr und Energieverbrauch. Regionalpolitik sollte sich daher primär an der Förderung regionaler Wertschöpfungsketten orientieren. Teilhabe und Teilnahme können so zu einem zentralen Bestandteil des Handelns aller Akteure in der Wirtschaft werden. Denn: Menschen in ihrem jeweiligen sozialen und gesellschaftlichen Umfeld müssen Träger und Subjekte von Wirtschaft und Politik sein. So können auch die Beziehungen im zwischenmenschlichen Zusammenleben gefördert und gestärkt werden. Diese Leitvorstellungen wird die KAB verstärkt in die öffentlichen Debatten einbringen. Als Mitglieder sind wir aufgerufen, unsere Verwurzelung in den Regionen zu nutzen und uns aktiv am Aufbau regionaler Initiativen zu beteiligen. Denkbare Projekte wären Bürgersolaranlagen, Regionalwährungen, Erzeuger-Verbraucher-Kooperativen, Genossenschaften und andere Initiativen, die regionale Wirtschaftskreisläufe schaffen und stärken.

Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken und aufbauen

(23) Um die *Armut* zu beseitigen, muss das wachsen, was den Armen nützt. Die vorrangige Befriedigung von Grundbedürfnissen, das Eröffnen von Handlungschancen und faire Verfahren³¹ sind unverzichtbare Bestandteile, um Gerechtigkeit mit und für die Armen zu schaffen. Die Bekämpfung der Armut und des Klimawandels müssen heute mehr denn je Hand in Hand gehen. *Entwicklungs- und Klimapolitik sind Bestandteile einer integrierten Strategie zur Armutsbekämpfung.* Um dies zu erreichen, sind globale Kooperation sowie wirksame internationale Institutionen und Strukturen notwendig. Nur gemeinsam wird es der Völkergemeinschaft gelingen, die weltweite Armut durch Solidarität und Gerechtigkeit zu beseitigen. Internationale Vereinbarungen und eine gerechte und abgestimmte Agrar-, Energie- und Welthandelspolitik sind der Weg. Wir brauchen dazu eine breite Koalition verschiedener Akteure, gebildet aus supranationalen Institutionen, Nationalstaaten, Zivilgesellschaften, Unternehmen, Netzwerken und Organisationen vor Ort. Hier ist unser entschiedener Einsatz als Bewegung gefordert, die in vielen zivilen Netzwerken vor Ort und auf der europäischen und internationalen Ebene mitarbeitet.

Integrierte Strategie der Armutsbekämpfung: Entwicklungs- und Klimapolitik Hand in Hand

(24) Wer über Armut redet, darf über *Reichtum nicht schweigen*. Fair teilen verlangt von den Reichen, auch von den Reichen unter uns, dass wir unseren Reichtum einsetzen, damit die Armut beseitigt wird. Jedes Eigentum unterliegt sozialen Verpflichtungen. Eigentum und Besitz haben eine dienende Funktion. Wer viel hat, muss mehr geben. Um die Armut zu beseitigen, bedarf es neben Formen individuellen Teilens besonders struktureller Maßnahmen, die Verteilungsgerechtigkeit herstellen. Dafür muss der ordnungspolitische Rahmen geschaffen werden. Die KAB fordert u.a. eine Reform der Erbschaftssteuer und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Hierzu hat die KAB entsprechende Forderungen entwickelt, die wir verstärkt in die politische Debatte und die Gesetzgebungen einbringen werden. Auf internationaler Ebene ist eine grundlegende Änderung des Welt Handels durch faire Verfahren und Kooperation statt eines gnadenlosen Verdrängungswettbewerbs weiterhin dringend geboten.

Armut und Reichtum: Zwei Seiten einer Medaille

Sozialpflichtigkeit heißt: Fairen Handel fördern und Strukturen verändern

(25) Die sozialen Verpflichtungen des Reichtums müssen sich im alltäglichen Handeln niederschlagen. Viele Städte, öffentliche Einrichtungen und Institutionen sind erfreulicherweise dazu übergegangen, ausschließlich *fair gehandelte Produkte* zu verwenden und damit die Produktions- und Arbeitsbedingungen für die arbeitenden Menschen zu verbessern. Fairer Handel treibt den öko-sozialen Umbau voran. Wir müssen bereit sein, faire und gegebenenfalls höhere Preise zu zahlen, um durch unseren Konsum den Umbau der Wirtschaft hin zu mehr Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit bei uns und im Welthandel zu fördern. Als politische Bewegung gilt unser Einsatz auf allen Ebenen des Verbandes der Durchsetzung des fairen Handels in den Kirchengemeinden, in öffentlichen Einrichtungen und nicht zuletzt in der KAB selbst. Wir werden hier Zeichen setzen, die zu strukturellen Veränderungen beitragen.

Globaler Klimaschutz ist zwingend

(26) Der Klimawandel muss durch eine *globale Klimaschutzpolitik* wirksam eingedämmt werden. Diese ist zwingend, um die Zielmarke der mittleren Erwärmung der Erde auf maximal 2°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu erreichen.³² Dazu sind verschiedene Maßnahmen der Weltgemeinschaft notwendig.

Technologische Innovationen zur Verbesserung der Ressourceneffizienz

(27) So ist etwa der Umstieg auf solare Energien und Stoffe nur realisierbar und finanzierbar, wenn zugleich die Kosten durch eine Verringerung des Ressourcenbedarfs gesenkt werden. Unternehmen sind zudem eher an kurzfristigen Gewinnsteigerungen als an langfristigen Investitionen interessiert. Technischer Fortschritt in der Produktion wird zurzeit im Wesentlichen für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität genutzt. Hier braucht es einen Paradigmenwechsel hin zur Verbesserung der Ressourceneffizienz. Im Idealfall entstehen integrierte Stoffkreisläufe. D.h. die *Verbesserung der Ressourceneffizienz* erfolgt entlang der ganzen Produktionskette (Rohstoffgewinnung, Produktion, Nutzung und Lebensdauer, Wiederverwertung und Entsorgung). Wiederum besteht politischer Handlungsbedarf, zum einen um positive Anreize zu schaffen, zum anderen um den Akteuren zu helfen, aus den tradierten Mustern auszubrechen. Unabdingbar sind Standards und Kennzeichnungen von Produkten, die neben der Energieeffizienz auch den Rohstoffverbrauch ausweisen, um so den Verbraucherinnen und Verbrauchern eine eindeutige Orientierung bei der Kaufentscheidung zu geben.

Dezentrale, vernetzte Solarwirtschaft

(28) Die gegenwärtige von Monopolen beherrschte, stark zentralisierte und auf fossilen Energieträgern basierende (Energie-)Wirtschaft bietet perspektivisch, auch bei allen denkbaren Effizienzgewinnen und „Einpreisung“ bisher externalisierten Umweltverbrauchs, weder einen Weg aus der Klimafalle noch aus der Abhängigkeit vom endlichen Erdgas und Erdöl. Die Freigabe eines Teils der nationalen Erdölreserven ist ein Anreiz, mehr fossile Brennstoffe zu verbrauchen, als es für unsere Welt gut ist. Zielgerichtete Marktregulierung auf eine nachhaltige Nutzung der zu Ende gehenden Ölvorkommen wären die Erhöhung des Preises für fossile Brennstoffe und die gleichzeitige Förderung von umweltverträglicher Energiegewinnung. Noch weniger wird die Atomenergie den Anforderungen einer nachhaltigen Energieversorgung der Zukunft gerecht. Wir brauchen eine *dezentrale und vernetzte Solarwirtschaft*. Dabei sind alle erneuerbaren Energien (u.a. Sonne, Wind, Wasser, Erdwärme) im weiteren Sinne solare Energien. Die wesentlichen Kriterien dieses Ansatzes liegen im Wechsel der Ressourcenbasis, auf der Vernetzung vielfältiger, dezentral verteilter, kleiner Versorgungssysteme und in der si-

gnifikanten Rückführung des Energiebedarfs durch Effizienzsteigerung und Vermeidung. Die Eingriffe in die Umwelt sind dabei wesentlich geringer als bei bestehenden Großanlagen. Eine dezentrale Energieversorgung macht uns zudem unabhängiger von den monopolisierten Strukturen der Energiewirtschaft und von Energie- und Ressourcenimporten. Gefordert ist die Politik, um die notwendigen Ziele zu setzen und den Strukturwandel offensiv einzuleiten. Für eine solche Politik machen wir uns als Frauen und Männer der KAB stark.

(29) Wir müssen unseren *Lebensstil und unsere Lebensform* wirksam verändern. Ein Mehr an Wohlbefinden und Lebensqualität erreichen wir durch einen nachhaltigen Lebensstil, der auf Selbstbegrenzung und Mäßigung setzt (Suffizienz). Das gelingende Leben muss sich verstärkt auf menschlich-soziale Werte gründen. Hohe Lebenszufriedenheit und Lebensqualität zeichnen sich durch Strukturen aus, die soziale Gleichheit, Arbeitsplatzsicherheit, sozialen Zusammenhalt und politische Teilhabe und Teilnahme sicherstellen. Das heißt für uns Wohlstand. Dieser ressourcenschonende, am menschlichen Maß ausgerichtete Lebensstil entwickelt sich in *sozialen Netzwerken*. Familien- und Nachbarschaftsbeziehungen, Vereine, Verbände, Freiwilligennetze, Tauschringe, Kooperativen, Bürgerbüros, aber auch Gemeinschaftswerkstätten und Mikrounternehmen sind Orte, um das Handeln für neue Lebensstile und Lebensformen einzuüben und zu praktizieren. Unsere Vereine, Initiativen und Zusammenschlüsse in der KAB sowie die verbandszentralen Einrichtungen müssen in Zukunft verstärkt Orte werden, um neue Lebensstile zu entwickeln und zu erproben.

Lebensstil und Lebensform verändern in sozialen Netzwerken

(30) Die Veränderung von Lebensstil und Lebensformen leistet einen *wirksamen Beitrag hin zu einem Zivilisationswechsel, der geprägt ist von Verantwortung gegenüber der gesamten Biosphäre und dem Recht auf Leben und Entwicklung aller Menschen und zukünftiger Generationen*. Die reichen Industriestaaten sind in der Pflicht, ein ressourcenschonendes Wohlstandsmodell zu entwickeln. Wir brauchen ein *neues qualitatives Wachstumsverständnis* im Kontext einer nachhaltigen ökologischen Wirtschaft. Entscheidend ist, dass solche Waren und Dienstleistungen „wachsen“, die eine nachhaltige Entwicklung und lebenswerte Zukunft für alle schaffen. Qualitatives Wachstum in den Bereichen der Energie- und Materialeffizienz, der erneuerbaren Energien, der ökologischen Landwirtschaft und im fairen Handel ist unabdingbar. Öffentliche Subventionen müssen deshalb umgestellt werden. Zu fördern sind ökologische und faire Waren und Dienstleistungen, die sich gleichzeitig durch „gute Arbeit“ auszeichnen. Nur, was Leben schafft, nachhaltig wirkt, durch „gute Arbeit“ produziert wird und die Belange der kommenden Generationen in den Blick nimmt, ist subventionswürdig.

Zivilisationswechsel hin zu qualitativem Wachstum

(31) Nicht zuletzt die Finanz- und Bankenkrise zeigt: Es bedarf – neben Anreizen und Förderungen – einer sozial gerechten, demokratisch legitimierten *gesetzlichen Rahmenordnung und wirksamer Regulierung durch den Staat bzw. die öffentliche Hand*. Die Privatisierung der Wasserversorgung, Spekulationen mit Nahrungsmitteln, Patente auf Saatgut, Gene und Lebewesen sind die Kennzeichen moderner Sklaverei und Raubwirtschaft. Der Kauf von Land durch fremde Staaten, große Wirtschaftsunternehmen und Privatpersonen in den armen Ländern des Südens, vornehmlich in Afrika und Lateinamerika, verletzt in eklatanter Weise das Recht der dort lebenden Menschen auf gesicherte Lebensgrundlagen.

Der Staat muss den Rahmen setzen und regulieren

Der Landraub ist ein „moderner Kolonialismus“, der nur die Wirtschaftsinteressen der Käufer befriedigt, ohne Rücksicht auf die dort angestammte Bevölkerung. Dieser Form von Globalisierung gilt es Einhalt zu gebieten. Den Menschen muss die Kontrolle über ihre Lebensgrundlagen zurückgegeben werden. Die UNO hat im Juli 2010 den Zugang zu sauberem Wasser zu einem Menschenrecht erklärt. Dringend folgen muss ein Spekulationsverbot für Nahrungsmittel sowie ein Verbot der Patentierung der Schöpfung. Die Kontrolle über die öffentliche Infrastruktur (u.a. Wasser, Energie, Verkehr) muss in den Händen der Gesellschaft liegen.

Gegen die neoliberale staatliche Politik, die kommende Generationen schädigt

(32) Die auch staatlicherseits verfolgte und geförderte *neoliberale Politik* hat nicht nur durch die Privatisierung öffentlicher Güter *in die Sackgasse geführt*. Der Staat hat sich selbst handlungsunfähig gemacht. Neoliberale Politik ist keine nachhaltige Politik. Sie zementiert Armut und Spaltung und schädigt durch ihr kurzfristiges Profitinteresse die Lebensgrundlage kommender Generationen unwiederbringlich. Sie hat der Wirtschaft und den Finanzmärkten eine Machtfülle ermöglicht, die nicht demokratisch legitimiert ist. Die neoliberale Deregulierung führt zum Ausverkauf menschlicher Arbeit, sozialer Sicherheit und der Schöpfung. Eine nachhaltige Politik der Zukunft wird demgegenüber Demokratie und Staat erneuern, auch um dem weltweiten Finanzkapital wirksam Grenzen zu setzen. Deshalb setzt sich die KAB für eine Finanztransaktionssteuer ein. Eine *internationale Ordnung* muss den Frieden und sozial gerechte Strukturen sichern und zukünftig auch das Verhältnis des Menschen zur Schöpfung und zu den Mitgeschöpfen neu regeln.

Arbeit in der Tätigkeitsgesellschaft neu gestalten

(33) Die *Neugestaltung der menschlichen Arbeit* ist zentraler Baustein dieser auf Solidarität und Gerechtigkeit gründenden Ordnung. Deshalb müssen wir den Umbau von der Arbeitsgesellschaft heutiger Prägung hin zur Tätigkeitsgesellschaft vorantreiben. Die verschiedenen Formen der Arbeit (Erwerbsarbeit, Privatarbeit und gemeinwesenbezogene Arbeit) müssen als gleichwertig anerkannt und gerecht zwischen Frauen und Männern geteilt werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere im Blick auf Erziehung und Pflege, ist deutlich zu verbessern und zu ermöglichen. Nur so ist nachhaltiges Leben und Arbeiten möglich. Dazu muss sich auch das Verhältnis von Kapital und Arbeit grundlegend verändern. Notwendig ist hierfür u.a. eine paritätische Unternehmensverfassung, die den Beschäftigten eine wirksame Mitbestimmung über Produktionsprozesse und die in einem Unternehmen hergestellten nachhaltigen Produkte und Dienstleistungen ermöglicht. Zudem sind Strukturen der Selbstorganisation – wie zum Beispiel genossenschaftliche Betriebe und kollektive, selbstbestimmte Formen der Organisation von Privat- und Gemeinwesenarbeit – auszubauen.

In Europa: „Haltelinien nach unten“ schaffen

(34) Wir brauchen menschenwürdige Existenz sichernde Arbeit. Es gilt, in Europa *„Haltelinien nach unten“ zu schaffen*. Die Flexicurity-Strategie der Europäischen Union öffnet der weiteren Deregulierung der Arbeitsmärkte Tür und Tor. Nachhaltigkeit ist dabei kein Thema. Ein Prioritätenwechsel in der europäischen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik ist dringend erforderlich. Der Ausweitung atypischer Arbeitsverhältnisse und prekärer Arbeits- und Lebensformen setzen wir unseren entschiedenen Widerstand entgegen. Reformen nach dem Prinzip „Hartz IV“ geben eine ausreichende soziale Sicherung auf und lassen den Respekt vor einem menschenwürdigen Leben vermissen. Befristete Arbeits- und geringfügige

Beschäftigungsverhältnisse sowie Minijobs sind auf begründete Ausnahmen zu reduzieren. Alle Beschäftigungsverhältnisse sind der vollen Sicherungspflicht zu unterwerfen. Für die Leiharbeit müssen gleiche Rechte, gleiche Arbeitsbedingungen und gleicher Lohn wie für Stammbeschafteten gelten. Wir fordern weiterhin einen Prekaritätszuschlag für die Leiharbeit.

(35) Die KAB fordert einen *europäisch definierten Mindestlohn*, um „Working Poor“ und die Verschärfung der innereuropäischen Lohnkonkurrenz zu verhindern. Dieser sollte 60% des im jeweiligen EU-Mitgliedsstaat existierenden Durchschnittslohns nicht unterschreiten. Nationale gesetzliche Mindestlöhne haben diese Grenze festzuschreiben. Generell muss auch für eine Basisexistenzsicherung das Prinzip der zwischen den EU-Mitgliedsstaaten vereinbarten Definition einer „Armutrisikoquote“ zur Anwendung kommen.³³ Die KAB setzt sich darüber hinaus zum Ziel, die Selbstorganisation der sogenannten „Prekarier“ zu fördern, ihre politische wie auch gewerkschaftliche Repräsentanz zu verbessern. Wir müssen einer gesetzlichen Mindestlohnregelung bei uns und in Europa zum Durchbruch zu verhelfen!

Gesetzlicher Mindestlohn bei uns und in Europa

(36) Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verlangt nach einer auf europäischer Ebene abgestimmten *aktiven Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik*, die vor allem die Gruppe jugendlicher Arbeitssuchender und Langzeitarbeitsloser verstärkt in den Blick nimmt, um dauerhafte Exklusion zu verhindern. Eine Qualifizierungsoffensive gegen Arbeitslosigkeit muss zielgerichtete Bildungs- und Wiedereingliederungsmaßnahmen fördern. Für Langzeitarbeitslose ist eine kontinuierliche Betreuung und Fortbildung sicherzustellen. Qualifizierung kann sich dabei nicht allein auf die Wiedereingliederung in den sogenannten „ersten Arbeitsmarkt“ beziehen. Erworbene Kompetenzen müssen dem ganzen Leben dienen. Die KAB hält weiterhin an der Forderung nach einem öffentlich-geförderten Beschäftigungssektor fest. Desweiteren setzt sich die KAB für eine „30-Stunden-Woche“ ein, um das Erwerbsarbeitsvolumen fair zu verteilen. Schon jetzt zeigen viele kreative und an den Bedürfnissen der Beschäftigten ausgerichtete Arbeitszeitmodelle, dass diese nicht nur die Zufriedenheit mit der Erwerbsarbeit und die Vereinbarkeit der verschiedenen Formen menschlicher Arbeit fördern. Sie leisten auch einen Beitrag zur Arbeitsplatzsicherheit und ermöglichen Neueinstellungen und damit Beschäftigung für Arbeitssuchende. Das wirksamste Mittel gegen Arbeitslosigkeit ist die Neuschaffung „guter Arbeitsplätze“ in nachhaltigen Wirtschaftssektoren. Es ist die Aufgabe der KAB, den Zusammenhang von „guter Arbeit“ und Bewahrung der Schöpfung immer wieder anzumahnen und neue Möglichkeiten nachhaltig guter Arbeit aufzuzeigen.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: Aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik und neue Arbeitsplätze für nachhaltiges Wirtschaften

(37) Zentrale Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Alter und Erwerbsminderung müssen solidarisch abgesichert werden. Dies verlangt einen starken Sozialstaat. Wir brauchen eine politisch festgelegte und staatlich garantierte *soziale Sicherung*. Die Entscheidungskompetenzen der sozialen Selbstverwaltung müssen auch durch die Politik gestärkt werden. Soziale Sicherheit ist ein öffentliches Gut. Die KAB lehnt eine Privatisierung und kapitalgedeckte Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme ab. Eine zusätzliche Absicherung kann über betriebliche und private kapitalgedeckte Vorsorge erfolgen. Dabei muss der Einfluss auf die kapitalgedeckte Vorsorge wie z.B. Pensionsfond mittels

Starker Sozialstaat für eine solidarische Sicherung

Regulierung und Demokratisierung ausgebaut werden. Grundlegende Basis eines zukunftsfähigen Modells sozialer Sicherheit ist die Einführung eines garantierten Grundeinkommens. Die öffentlichen, umlagefinanzierten sozialen Sicherungssysteme müssen als starke Säule beibehalten und ausgebaut werden. Notwendig ist die Weiterentwicklung zu Bürgerversicherungen, die alle Einwohnerinnen und Einwohner in die solidarische Sicherung mit einbeziehen und die durch alle Einkommen und Einkünfte entsprechend der Leistungsfähigkeit finanziert werden. Mit den Positionen für ein solidarisches Gesundheitssystem, für eine menschenwürdige Pflege und dem Rentenmodell der katholischen Verbände mit dem Aufbau einer Sockelrente bringt die KAB ihre Konzepte für eine zukunftsfähige solidarische soziale Sicherung in die politische Diskussion ein. Dabei spielt der Zusammenschluss in Bündnissen und Netzwerken zur Erreichung der grundlegenden Ziele für die KAB eine zentrale Rolle. Eine Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme auf der europäischen Ebene ist zwingend notwendig, um eine wettbewerbsbedingte Absenkung der Sozialleistungsquoten in den EU-Mitgliedsstaaten zu verhindern. Die KAB fordert daher die Vereinbarung eines europäischen sozialen Stabilitätspaktes, in dem die Sozialleistungsquote eines jeden EU-Mitgliedsstaates an das ökonomische Entwicklungsniveau des jeweiligen Staates gekoppelt ist. Ein weiterer wichtiger Baustein im Konzept eines zukunftsfähigen Modells sozialer Sicherheit ist der Erhalt und Ausbau einer öffentlichen und sozialen Infrastruktur.

Wir sind gefragt: Vision für eine bessere Welt

Handeln für eine bessere Welt

(38) Als Bewegung für soziale Gerechtigkeit sind wir in unserem Denken und Handeln der Vision einer besseren Welt für alle verpflichtet. Der Einsatz für strukturelle Maßnahmen und die Veränderung unseres persönlichen Lebensstils sind dabei für uns zwei Seiten einer Medaille. Wir können nicht warten, bis die Verhältnisse sich ändern, sondern müssen selbst als einzelne und als Bewegung aktiv werden, damit die „Strukturen der Sünde“ ein Ende haben. Strukturelle und individuelle Aufbrüche werden da wirksam, wo ihnen Überzeugungen und Werte zugrunde liegen. Solidarität und Gerechtigkeit sind aus unserer Tradition und Geschichte heraus das Wertfundament, von dem aus wir handeln. Als Christinnen und Christen in der jesuanischen Nachfolge und als Visionäre des Gottesreiches engagieren wir uns für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung. Aus unserem Engagement für soziale Gerechtigkeit heraus wissen wir: Eine andere Welt ist möglich, wenn wir fair teilen statt sozial spalten! Lasst uns nachhaltig leben und arbeiten!

Anmerkungen: Erläuterungen, Erklärungen, weiterführende Hinweise

¹ Im kirchlichen Bereich findet sich der Begriff „Nachhaltigkeit“ vor allem im ökumenischen Kontext. Zu Beginn der 1970er Jahre taucht der Begriff „Sustainability“ – in deutscher Übersetzung als „Überlebensfähigkeit“ oder „Dauerhaftigkeit“ – in der Genfer Ökumene des Rates der Kirchen auf. Die Problemlagen in den armen Ländern des Südens und die Neuformierung christlicher Basisbewegungen veranlassen ab 1970 schließlich die Genfer Abteilung „Church and Society“ des „Ökumenischen Rates der Kirchen“ (ÖRK) dazu, von einer überlebensfähigen und dauerhaften Gesellschaft (sustainable society) als sozialetisches Leitbild der Zukunft zu sprechen. Sowohl als sozial-politisches Ziel als auch als Forderung findet der Begriff zunehmend nun Verwendung, so z.B. 1974 auf der Weltkonferenz des ÖRK über „Wissenschaft und Technologie für eine menschliche Entwicklung“ in Budapest. „Just, Participatory and Sustainable Society“ werden dann 1976 auf der Fünften ÖRK-Weltversammlung in Nairobi als Arbeitsschwerpunkt der Gemeinschaft der Weltkirchen für das kommende Jahrzehnt beschlossen. Auf der ÖRK-Weltversammlung 1983 in Vancouver wird das ökumenische Programm „Just, Participatory and Sustainable Society“ in den konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung überführt. Im konziliaren Prozess hat der Begriff dann bekanntlich eine große Rolle gespielt. Vgl. auch Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland / Deutsche Bischofskonferenz (Hg.), Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, Bonn, Hannover 1997, Ziff. 123-124: „Die Zielperspektive der Nachhaltigkeit schließt vor allem die Verantwortung für die Schöpfung ein. Im biblischen Denken ist diese Dimension der Verantwortung darin begründet, dass der Mensch Geschöpf unter Mitgeschöpfen ist (Gen/ 1. Mos 1-2; Ps 8; 104). Er ist in eine Schicksalsgemeinschaft mit allen Geschöpfen eingebunden. Es kommt ihm eine besondere Verantwortung für die übrige Schöpfung zu. Er soll die Erde bebauen und bewahren (Gen/ 1. Mose 2,15), d.h. sie kultivieren und zu einem bewohnbaren Lebensraum gestalten und sie als solchen bewahren. Die besondere Stellung des Menschen begründet kein Recht zu einem willkürlichen und ausbeuterischen Umgang mit der nichtmenschlichen Schöpfung. Vielmehr nimmt sie den Menschen in die Pflicht, als Sachwalter Gottes für die geschöpfliche Welt einzustehen, ihr mit Ehrfurcht zu begegnen und schonend, haushälterisch und bewahrend mit ihr umzugehen. (...) Eine menschliche Gesellschaft kann nur dann zukunftsfähig sein, wenn sie diesem ökologischen Gesamtzusammenhang Rechnung trägt.“

² Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (Hg.), Leben und Arbeiten in Europa – Soziale Gerechtigkeit jetzt! Leitartikel zum 13. Bundesverbandstag der KAB in Erfurt, Köln 2007, Ziff. 7.

³ Die Enzyklika „Sollicitudo rei socialis“ von Papst Johannes Paul II. stellt eine Verfestigung der „Strukturen der Sünde“ vor allem durch zwei Verhaltensweisen fest: „auf der einen Seite die ausschließliche Gier nach Profit und auf der anderen Seite das Verlangen nach Macht mit dem Vorsatz, anderen den eigenen Willen aufzuzwingen.“ Sie beschreibt den Teufelskreis, der dadurch in Gang gesetzt wird: „Dieser doppelten sündhaften Haltung verfallen offensichtlich nicht nur Einzelpersonen, sondern auch Nationen und Blöcke. Das begünstigt noch mehr das Entstehen von ‚Strukturen der Sünde‘ (...). Wenn man gewisse Formen eines modernen ‚Imperialismus‘ im Licht dieser moralischen Kriterien betrachten würde, könnte man entdecken, dass sich hinter bestimmten Entscheidungen, die scheinbar nur von Wirtschaft oder Politik getragen sind, wahrhafte Formen von Götzendienst verbergen: gegenüber Geld, Ideologie, Klasse oder Technologie“ (Ziff. 37). Diese Aussagen sind angesichts der globalen Krisen heute aktueller denn je.

⁴ Mammon meint ursprünglich den unredlich erworbenen Gewinn oder den unmoralisch eingesetzten Reichtum. Das Wort Mammon kommt ursprünglich vom aramäischen Wort mamona (Vermögen, Besitz) her. Martin Luther behielt in seiner Bibelübersetzung das Ursprungswort bei und es fand so ab dem 16. Jahrhundert Eingang ins Deutsche.

⁵ Papst Pius XI, Enzyklika „Quadragesimo anno“, 1931, Ziff. 101 – 109.

⁶ Die zunehmende Spaltung der Welt zeigt sich zum Beispiel eindrucksvoll bei einem Vergleich des Pro-Kopf-Einkommens. Lag 1960 das Pro-Kopf-Einkommen bei dem reichsten Fünftel der Weltbevölkerung noch dreißig Mal höher als das des ärmsten Fünftels, war die Differenz 2008 auf das Achtzigfache angestiegen. Prognosen erwarten eine weiter zunehmende Spaltung des Pro-Kopf-Einkommens. Angaben aus: Michael Müller, Kai Niebert, Epochenwechsel. Plädoyer für einen grünen New Deal, München 2009, S. 36.

⁷ Papst Benedikt XVI, Enzyklika „Caritas in Veritate“, 2009, Ziff. 75.

⁸ Papst Benedikt XVI, Enzyklika „Caritas in Veritate“, 2009, Ziff. 22.

⁹ Ein exemplarisches Beispiel für die Folgen des Klimawandels ist der Staat Kiribati im Südpazifik. Laut einer UN-Studie wird der aus 32 Atollen bestehende Staat als eines der ersten Länder im 21. Jahrhundert großflächig überflutet werden und im Meer versinken, da durch den Klimawandel der Meeresspiegel ansteigt. Gleichzeitig wird den dort lebenden Menschen durch den industriellen Fischfang ihre Lebensgrundlage entzogen. Vgl. Carsten Stormer, Am Ende des Regenbogens, in: KSTA 19. Juli 2010, S. 8. (<http://www.ksta.de/html/artikel/1278663524279.shtml>).

¹⁰ Der weltweite Verbrauch z.B. von Gas stieg von 1990 bis 2008 um 54 Prozent; der Kohleverbrauch um 48 Prozent und der des Öls um 25 Prozent. Tendenz weiter steigend.

¹¹ Sowohl die UNO als auch OECD und Internationale Energieagentur prognostizieren eine (weitere) Verknappung von Öl, Gas und mineralischen Rohstoffen. In einigen erdölexportierenden Ländern scheint der sogenannte „Peak Oil“ bereits erreicht zu sein. Vgl. z.B. Jeremy Leggett, *Peak Oil. Die globale Energiekrise, die Klimakatastrophe und das Ende des Ölzeitalters*, Köln 2006; Richard Heinberg, *Öl-Ende – The Party's over. Die Zukunft der industrialisierten Welt ohne Öl*, München 2008; Thomas Seifert, Klaus Werner, *Schwarzbuch Öl. Eine Geschichte von Gier, Krieg, Macht und Geld*, Berlin 2008.

¹² Hierzu einige Fakten: Jedes Jahr gehen weltweit 13 Millionen (!) Hektar Wald verloren. Die landwirtschaftliche Fläche geht pro Jahr um 1,3 Prozent zurück, auf den ersten Blick eine geringe Zahl, die aber den weltweiten Hunger drastisch verschärft. Die Nahrung wird knapp. 2008 stieg der globale Lebensmittelindex um 47 Prozent an. Innerhalb von drei Monaten verdoppelte sich der Preis für Reis, der für 3,4 Milliarden Menschen die lebenswichtige tägliche Ernährungsgrundlage bildet. Folge: Die Armen konnten und können die Preise für Lebensmittel nicht mehr bezahlen. Zunehmender Hunger und Verelendung sind die Folgen. 18 Prozent der gesamten weltweiten Ackerfläche (268 Millionen Hektar) müssen schon heute bei steigender Wasserknappheit künstlich bewässert werden. Zudem bedroht die Versalzung mittlerweile ein Drittel der Äcker weltweit. Eindrucksvoll beschreibt diese Entwicklungen und die Einschnitte für das Leben der Menschen: Wilfried Bommert, *Kein Brot für die Welt. Die Zukunft der Welternährung*, München 2009.

¹³ Papst Benedikt XVI, Enzyklika „*Caritas in Veritate*“, 2009, Ziff. 43.

¹⁴ Aus der Finanz- und Bankenkrise wurden bisher kaum Konsequenzen gezogen. Der Wert der globalen Aktienmärkte lag im Januar 2011 bei ca. 53 Billionen Dollar und liegt damit doppelt so hoch wie im Frühjahr des Jahres 2009. Der Bruttomarktwert spekulativer Derivate lag laut der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) im Juli 2010 bei ca. 25 Billionen Dollar und damit fünf Billionen Dollar über dem Wert von Juli 2008.

¹⁵ Eindrucksvoll beschrieben in: Richard Sennett, *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*, Berlin 1998.

¹⁶ II. Vatikanisches Konzil, „*Gaudium et spes*“, Ziff. 1: „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi. Und es gibt nichts wahrhaft Menschliches, das nicht in ihren Herzen seinen Widerhall fände. Ist doch ihre eigene Gemeinschaft aus Menschen gebildet, die, in Christus geeint, vom Heiligen Geist auf ihrer Pilgerschaft zum Reich des Vaters geleitet werden und eine Heilsbotschaft empfangen haben, die allen auszurichten ist. Darum erfährt diese Gemeinschaft sich mit der Menschheit und ihrer Geschichte wirklich engstens verbunden.“

¹⁷ Vgl. II. Vatikanisches Konzil, „*Gaudium et spes*“, Ziff. 4.

¹⁸ Der griechische Begriff „*kairos*“ bezeichnet einen Zeitpunkt der Entscheidung, der erkannt und wahrgenommen werden muss. Verstreicht dieser ungenutzt, sind große Nachteile und Folgen zu erwarten, da der richtige Zeitpunkt verpasst worden ist, um diese anzugehen und eine Lösung zu finden. Im Gegensatz zu „*chronos*“ (die ablaufende Zeit) beschreibt „*kairos*“ den Zeitpunkt, der für etwas Bestimmtes die richtige Gelegenheit darstellt. In der griechischen Fassung des Neuen Testaments wird der Begriff „*kairos*“ an 81 Textstellen benutzt. Er beschreibt ein Heilsangebot Gottes, welches zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt von den Menschen ergriffen werden und in Heilshandeln für alle Menschen „umgesetzt“ werden will. *Kairos* bezeichnet so den günstigen und verdichteten Augenblick, an dem wichtige Entscheidungen getroffen werden können, da Gott in die Geschichte mit seinem Heilshandeln eingreift. In Jesus Christus bricht nach den Neuen Testament das Reich Gottes in die Geschichte (Offenbarungsgeschichte) ein. Im Handeln des Gottessohnes – hier und jetzt – wird Umkehr durch Glaube und Gerechtigkeitshandeln eingefordert und möglich.

¹⁹ II. Vatikanisches Konzil, *Gaudium et spes*“, Ziff. 93.

²⁰ Papst Paul VI, Enzyklika „*Populorum progressio*“, 1967, Ziff. 14.

²¹ Papst Paul VI, Enzyklika „*Populorum progressio*“, 1967, Ziff. 9.

²² Die kapitalistische Wirtschaftsweise zeichnet sich u.a. dadurch aus, dass die Arbeitsproduktivität durch die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft (Rationalisierung von Arbeitsabläufen, Mehrbelastung durch multifunktionale Arbeitsabläufe, niedrige Löhne etc.) und die Weiterentwicklung der Produktionstechnik bei der Fertigung von Waren und Bereitstellung von Dienstleistungen stetig gesteigert wird bzw. werden soll. Wächst die Produktion nicht stärker als die Produktivität werden ständig Arbeitskräfte überflüssig und wegrationalisiert, somit in die Arbeitslosigkeit „entlassen“. Dies führt zu einer „strukturellen Arbeitslosigkeit“ aufgrund des sinkenden Erwerbsarbeitsvolumens. In der alten Bundesrepublik ist das Erwerbsarbeitsvolumen von 1970 bis 1991 um 7 Prozent, in der Phase von 1991 bis 2008 für Gesamtdeutschland um 4 Prozent gesunken. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt stieg in der ersten Phase um 76, in der zweiten Phase um 29 Prozent. Die Arbeitsproduktivität um 89, anschließend um 34 Prozent. Die durchschnittliche Erwerbsarbeitszeit sank im ersten Zeitraum um 22, im zweiten um 9 Prozent und hat sich damit deutlich verlangsamt. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg um 18 und von 1991 bis 2008 um 4 Prozent auf über 40 Millionen.

²³ Während in unserer erwerbsarbeitszentrierten Gesellschaft die Erwerbsarbeit dominiert, sind in der Tätigkeitsgesellschaft die drei Elemente der Triade der Arbeit gleichwertig und es besteht zwischen ihnen Durchlässigkeit und fließende Übergänge, d.h. „Vereinbarkeit“ für Frauen und Männer. Tätigkeitsformen jenseits der Erwerbsarbeit sind keine Übergangsformen in Erwerbsarbeit, sondern eigenständige Arbeitsformen neben der Erwerbsarbeit.

²⁴ Papst Benedikt XVI, Enzyklika „Caritas in Veritate“, 2009, Ziff. 49-50.

²⁵ Papst Pius XI, Enzyklika „Quadragesimo anno“, 1931, Ziff. 105.

²⁶ Vgl. ausführlich Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (Hg.), *Gerechtigkeit in der Einen Welt*. Leituantrag zum 11. Bundesverbandstag der KAB in Regensburg, Köln 1999, Ziff. 14–18.

²⁷ „Soziale Demokratie“ bezeichnet ein Gemeinwesen, in dem die repräsentative Demokratie und das Sozialstaatspostulat für dieses konstitutiv sind. „Soziale Demokratie“ geht auf den deutschen Staatsrechtler Hermann Heller (1891 – 1933) zurück, der 1933 vor den Nationalsozialisten nach Spanien fliehen musste. Am 11. September 1933 wurde er aufgrund des Berufsbeamtengesetzes der nationalsozialistischen Machthaber aus dem Staatsdienst entlassen. Er starb am 05. November 1933 in Madrid an einem Herzleiden. Die Bundesrepublik Deutschland ist nach Artikel 20 des Grundgesetzes ein „demokratischer und sozialer Bundestaat.“ Das Begriffspaar „soziale Demokratie“ verweist auf diese im konkreten sozialen und wirtschaftlichen Geschehen zu verwirklichende Grundlage unseres Landes. Zur sozialen Demokratie vgl. ausführlich: Thomas Meyer, Lew Hinchman (Hg.), *Theorien der Sozialen Demokratie*, Wiesbaden 2005; David Held, *Soziale Demokratie im globalen Zeitalter*, Frankfurt a.M. 2007; Tobias Gombert, *Grundlagen der Sozialen Demokratie*, Bonn 2008.

²⁸ KAB Deutschlands (Hg.), *Den Menschen Hoffnung geben – Wo Kirche lebendig wird*, Köln 2005, S. 1.

²⁹ Vgl. Claus Leggewie, Harald Welzer, *Das Ende der Welt, wie wir sie kannten*. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie, Frankfurt a.M. 2009.

³⁰ Vgl. Papst Benedikt XVI, Enzyklika „Caritas in Veritate“, 2009, Ziff. 37: „Die Soziallehre der Kirche hat immer bekräftigt, dass die Gerechtigkeit alle Phasen der Wirtschaftstätigkeit betrifft, da diese stets mit dem Menschen und mit seinen Bedürfnissen zu tun hat.“

³¹ Die Befriedigung von Grundbedürfnissen, Handlungschancen und faire Verfahren stellen die drei Dimensionen einer intra- und intergenerationellen Gerechtigkeit dar („Dreieck der Gerechtigkeit“). Vgl. ausführlich: Postdam-Institut für Klimaforschung, Institut für Gesellschaftspolitik München, Misereor, Münchener Rück Stiftung, *Global aber gerecht*. Klimawandel bekämpfen, Entwicklung ermöglichen, München 2010, S. 62-66.

³² Aufgrund der bereits jetzt absehbaren und nicht mehr rückgängig zu machenden Erwärmung um 1,4°C mit den entsprechenden bereits jetzt eingetretenen Folgen werden zukünftig Klimaschäden verstärkt auftreten. Das 2°C-Ziel wird sowohl durch verschiedene Maßnahmen der Europäischen Gemeinschaft als auch auf internationaler Ebene verfolgt. Es gilt als anerkanntes Ziel für die gerade noch zulässige Erwärmung der Erde. Als Begründungen für diese Zielmarke werden u.a. angeführt, dass mit dieser Größenordnung ein gefährlicher und nicht mehr beherrschbarer Klimawandel vermieden werden kann und zudem die globalen Kosten und technologischen Risiken bei diesem Ziel moderat ausfallen dürften. Zu den Folgen der Festlegung des 2°C-Ziels: Ottmar Edenhofer, Christian Flachsland, Kai Lessmann, *Wem gehört die Atmosphäre? Nach dem Klimagipfel in Cancun*, in: *StdZ* 2/2011, S. 75-88.

³³ Dieser Grenzwert bezeichnet den Anteil der Personen in Haushalten, deren „bedarfsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen“ weniger als 60% des Mittelwerts (Median) aller Personen eines Landes beträgt.

Die Mitglieder der Antragskommission:

Peter Niedergesäss, DV Rottenburg-Stuttgart (Vorsitzender der Antragskommission)

Ortrud Harhues, DV Münster

Hannes Kreller, KAB Deutschlands, München

Josef Meiers, HVHS „Gottfried Könzgen“

Lothar Roser, DV Augsburg

Dr. Michael Schäfers, KAB Deutschlands, Köln (Geschäftsführung der Antragskommission)

Burkhard Schlottmann, DV Paderborn

Wolfgang Siebner, DV Mainz

Theresia Wagner-Richter, DV Münster

Impressum

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands e.V. (KAB)

Bernhard-Letterhaus-Straße 26

50670 Köln

Telefon: 0221/77 22-0

Fax: 0221/77 22-135

E-Mail: info@kab.de

www.kab.de

www.kab-nachhaltig.de

Verantwortlich: Dr. Michael Schäfers

Layout: Mechthild Hunold

Köln 2011

Druck: Heider Druck GmbH, Bergisch Gladbach

Die vorliegende Publikation kann in begrenzter Stückzahl kostenlos bei der obigen Adresse nachbestellt werden.

Für die Unterstützung des Bundesverbandstages 2011 in Würzburg dankt die KAB Deutschlands:

ERGO

Heider  *Druck*

grA+3feld

Gratzfeld Werbeagentur GmbH

 **Pax-Bank**
seit 1917 Bank für Kirche und Caritas

VER **SICHER** UNGS
KAMMER
BAYERN

 **GRÜN**
SOFTWARE AG

 Finanzgruppe

